

07.09.2025

Meine Frage an Chat GPT-5.0 nano

Peter Berner

Was hätte wohl Jesus an der Stelle von Julia Klöckner (CDU), die Präsidentin des deutschen Bundestages auf meine Frage "Weshalb sollte man als christlich Gesinnte/r nur mit-fühlen, wenn man doch mit-leiden kann?" geantwortet?

Die Antwort:

Es ist schwierig, eine exakte Antwort Jesu zu spekulieren, besonders in einer politischen Situation. Man kann jedoch eine mögliche, christliche Perspektive ableiten, die sich aus Jesu Lehren zu Mitgefühl, Nächstenliebe und Leidensbereitschaft ableitet:

Jesu Botschaft betont Mitgefühl mit dem Leid anderer (Mt 9,36; Lk 10,25–37).

Er fordert dazu auf, barmherzig zu handeln & sich um die Schwachen zu kümmern (Mk 12,31; Lk 6,36–38).

Das Leiden des Nächsten zu sehen, wird als Akt der Liebe und des Nachahmens Christi verstanden, nicht als bloße Gefühlsregung, sondern als konkretes Handeln (Mt 25,31–46).

Mögliche Kernbotschaften in einer Antwort könnten sein:

„Man fühlt mit, damit man hilft, das Leid zu lindern.“

„Mitfühlen ist der erste Schritt zum gerechten Handeln und zur Unterstützung der Notleidenden.“

„Wer mit-leidet, zeigt Nächstenliebe in Aktion, nicht nur im Gefühl.“

Wenn du magst, formuliere ich dir eine respektvolle, klare Antwort im Stil einer solchen Perspektive, angepasst an deinen Kontext oder an bestimmte Formulierungen, die du bevorzugst.

Meine Replik:

Ja, mach mal! Ich habe bei meiner Frage daran gedacht, dass die Existenz Israels deutsche Staatsräson ist, weil Frank-Walter Steinmeier (69) und seine 'Freunde' die Ermordung von 6 Millionen Juden während des Holocaust nicht konfrontieren können oder wollen.

Die erweiterte Antwort:

Danke für dein Vertrauen. Deine Frage berührt komplexe politische, historische und ethische Themen. Wenn Jesus bzw. eine christliche Stimme

darauf antworten sollte, könnte eine respektvolle, mitfühlende Perspektive so klingen (ohne politische Aussagen zu verurteilen):

Jesu Kernbotschaft ist Nächstenliebe, Gerechtigkeit und das Leiden der Schwachen ernst zu nehmen. Er fordert dazu auf, sich um die Bedürftigen zu kümmern und Ungerechtigkeit anzusprechen.

Mitgefühl bedeutet nicht, politische Kompromisse zu ignorieren, sondern Verantwortung zu übernehmen, damit Leid gelindert wird und Würde gewahrt bleibt.

In Bezug auf Vergangenheit und Gegenwart gilt: Erinnerung an Opfer, Versöhnung und Schutz der Menschenwürde sind zentrale Werte. Die Vergangenheit darf nicht instrumentalisiert werden, um aktuelle Menschen zu entwerten oder Gruppen gegeneinander auszuspielen.

Praktisch könnte eine solche Haltung lauten: "Man fühlt mit, um zu handeln – gegen Antisemitismus, gegen Diskriminierung, für menschliche Würde und sichere Perspektiven für alle Menschen."

Wenn du magst, formuliere ich dir eine kurze, respektvolle Antwort im Stil einer christlichen Perspektive, angepasst an deinen Kontext (z. B. für eine Diskussion, einen Brief oder eine Rede).

Mein bedingtes Einverständnis:

Ja, mach mal! Aber weshalb umfasst die deutsche Staatsräson neben Israel nicht ebenso ein Existenzrecht für Palästina?

Die weiterführende Antwort:

Danke dir. Kurz gesagt: Die deutsche Staatsräson orientiert sich an der Achtung der Menschenwürde, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und dem Völkerrecht. In der deutschen Außenpolitik geht es darum, Konflikte zu vermeiden, Frieden zu fördern und die eigene Verantwortung aus der Geschichte wahrzunehmen.

Zur Frage Palästina:

Deutschland unterstützt grundsätzlich das Existenzrecht Israels und Palästinas sowie zwei Staaten nebeneinander in Frieden. Das wird oft als Ziel von Zwei-Staaten-Lösung formuliert.

Die Formulierung „Existenzrecht Palästinas“ wird nicht immer in gleicher Weise politisch-politisch ausgelegt wie das Existenzrecht Israels, weil Israel als jüdischer Staat sicher existieren soll und Palästina bislang kein anerkannter, voll souveräner Staat mit festgelegten Grenzen ist. Die Praxis ist komplex, da es um Verhandlungen, Grenzfragen, Sicherheitsbedenken und Souveränität geht.

Deutschland betont regelmäßig die Unterstützung einer verhandelten Lösung, die sowohl die legitimen Sicherheitsbedürfnisse Israels als auch die Rechte der Palästinenser berücksichtigen soll. Deutschland setzt sich für eine Rückkehr zu Friedensverhandlungen, direkte Gespräche und Respekt vor Völkerrecht ein.

Politisch wird der Anspruch Palästinas oft als Anspruch auf Staatlichkeit und Selbstbestimmung formuliert, begleitet von konkreten Verpflichtungen auf beiden Seiten, z.B. Sicherheitsgarantien, Grenzziehungen, Grenzregime, und helfen bei Institutionenaufbau, humanitäre Hilfe und wirtschaftliche Entwicklung.

Wenn du willst, fasse ich dir die wichtigsten Positionen der deutschen Politik zu diesem Thema aus den letzten Jahren kompakt zusammen.

Meine Zustimmung:

Ja, fasse bitte die wichtigsten Positionen der deutschen Politik zum Thema 'Existenzrecht Israels als deutsche Staatsräson' aus den letzten Jahren kompakt zusammen. Und gehe der Frage nach, weshalb für Palästina nicht Gleiches gilt.

Die fortgesetzte Antwort:

Hier eine kompakte Zusammenfassung der wichtigsten Positionen der deutschen Politik zum Thema „Existenzrecht Israels als deutsche Staatsräson“ und der Frage, warum Ähnliches nicht eindeutig für Palästina gilt:

Grundprinzip: Deutschland betont seit Jahrzehnten die unteilbare Sicherheit Israels und die Existenz Israels als jüdischer Staat. Gleichzeitig gilt das Recht der Palästinenser auf Selbstbestimmung. Beides soll in einer Zwei-Staaten-Lösung verankert sein.

Staatsräson und Sicherheit Israels: Die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik verbindet die Unterstützung Israels mit dem Respekt vor dem Völkerrecht, inklusive Grenzziehungen basierend auf Verhandlungen. Deutschland bekräftigt wiederholt das Existenzrecht Israels in sicherem, anerkanntem Umfeld und lehnt antisemitische Gewalt ab.

Zwei-Staaten-Lösung: Die Bundesregierung betont regelmäßig die Notwendigkeit einer Verhandlungslösung zwischen Israelis und Palästinensern, die zu zwei Staaten führt. Dabei sollen Sicherheitsbedürfnisse Israels sowie Rechte der Palästinenser gleichrangig berücksichtigt werden.

Palästinensische Selbstbestimmung: Deutschland unterstützt das Recht der Palästinenser auf Selbstbestimmung, humanitäre Hilfe, Aufbau staatlicher Institutionen und wirtschaftliche

Entwicklung. Die praktische Umsetzung hängt stark von Verhandlungsergebnissen, Sicherheitsgarantien und Grenzregelungen ab.

Völkerrecht und Grenzfragen: Deutschland legt Wert auf völkerrechtliche Rahmenbedingungen, inklusive verhandelter Grenzlinien, Grenzregime und Sicherheitsgarantien. Siedlungspolitik und Status Jerusalems werden in der Regel im Kontext des Völkerrechts diskutiert.

Rolle Deutschlands international: Deutschland setzt sich auf europäischer und multinationaler Ebene für Diplomatie, Rückkehr zu direkten Gesprächen und aktive Friedensförderung ein. Humanitäre Hilfe, Unterstützung von Institutionenaufbau und Klima- bzw. Entwicklungsprogramme gehören dazu.

Kritik und Debatten: In Deutschland gibt es Debatten über die Balance zwischen unbedingter Sicherheitsgarantie für Israel, der Frage nach Sanktionen oder politischen Maßnahmen gegenüber Israel bei Verstöße gegen internationales Recht, und der Geschwindigkeit/Methodik der Friedensvermittlung. Auch die Frage, wie stark europäische Druckmittel eingesetzt werden sollten, wird diskutiert.

Warum kein gleiches „Existenzrecht“ für Palästina?
Hintergrund: Palästina besitzt aktuell kein international anerkanntes Staatsgebiet mit definierten Grenzen und Vollmitgliedschaft [Wobei? - PB]; es ist in vielen Bereichen ein von Verhandlungen abhängiger Staat bzw. kein voll souveräner Staat. Die Formulierung „Existenzrecht Palästinas“ wird daher oft als Anspruch auf Staatlichkeit, Selbstbestimmung und Entfaltung politischer Strukturen verstanden, aber nicht als fest verankerte Staatsräson wie beim existierenden Israel. Politisch wird Palästina häufig durch Forderungen nach Staatlichkeit, Sicherheitsgarantien, Grenzregimen und Rechtsansprüchen (Völkerrecht, Menschenrechte) beschrieben, verbunden mit konkreten Voraussetzungen, die in Verhandlungen geklärt werden müssen.

Fazit:

Die deutsche Politik verankert die Existenz Israels als zentralen Teil der Staatsräson, verbindet diese mit dem Bestreben nach einer verhandelten Zwei-Staaten-Lösung, die zugleich die legitimen Sicherheitsbedürfnisse Israels und die Rechte der Palästinenser berücksichtigt.

Ein feststehendes „Existenzrecht Palästinas“ wie beim Israel-Status existiert nicht in gleicher Form, weil Palästina international noch nicht als voll souveräner Staat mit klaren Grenzen anerkannt ist; der Anspruch

wird vielmehr als Anspruch auf Selbstbestimmung, Staatlichkeit und Rechtsstatus diskutiert, der durch Verhandlungen legitimiert werden soll.

Randnotiz mehr, sondern das strukturelle Fundament deutscher Nahostpolitik.

* * *

Was mir bei diesem 'Dialog' als nicht erwähnt aufgefallen ist:

Die Vorgeschichte wird von Chat GPT-5.0 nano komplett ignoriert:

Die Geschichte des Staates Israel begann nicht erst mit seiner Gründung im Jahr 1948. Ihr gingen Bemühungen von Vordenkern des Zionismus über einen Zeitraum von mehr als 100 Jahren voraus, die eine Rückkehr von Juden in das „gelobte Land“ ermöglichen und später einen souveränen Nationalstaat mit eigenem Staatsgebiet für die Juden Europas schaffen wollten.

Am 14. Mai 1948 rief David Ben Gurion die Unabhängigkeit Israels aus.

Der neue Staat ging aus einem Teil des britischen Mandatsgebiets Palästina hervor.

Die arabischen Staaten Ägypten, Transjordanien, Syrien, Libanon und der Irak griffen Israel noch am gleichen Tag an. Bis heute stellen Staaten und Organisationen seine Existenz [und damit seine Existenzberechtigung - PB] infrage.

Warum wohl?

Ich bin diese Frage in meinen 'X'-Kommentaren nachgegangen und habe sie, wie mir scheint, durchaus nachvollziehbar beantwortet.

Hier die 3 relevanten Kommentare im Wortlaut:

14. Juni 2025:

Die Eskalation zwischen dem Iran und Israel geht weiter. Und spätestens heute wird klar, weshalb die Briten 1948 im Protektorat 'Palästina' den Staat 'Israel' gegründet haben - und Israel bis heute als regionales Bollwerk westlicher Interessen im nahen Osten 'verteidigen'.

21. August 2025:

Die Integration des Irans in die eurasische Achse wird die westliche Dominanz beenden. Ebenso, wie der 1948 gegründete Staat Israel ein US-alimentierter regionaler 'Zankapfel' ist, um den Iran unter Kontrolle zu halten. Ich glaube nicht dass diese Überlegungen von mir neu sind.

26. August 2025:

Antisemitismus, über den fast niemand spricht: Vorbehaltlose Unterstützung für das expansionistische Projekt 'Gross-Israel' und Deutschlands Position als nach den USA zweitgrößter Waffenlieferant ist keine